



**Tagesordnung für die 12. öffentliche Sitzung des
Gesundheitsausschusses
in der Wahlperiode 2019/2023 am 22.06.2022**

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 29.03.2022	GA 11/2022
3	Sachstandsbericht	
3.1	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV	GA 12/2022
4	Vorlagen / Vorträge	
4.1	Vorstellung Arche, Tagesklinik Frau Dr. Lindner (siehe Berichtsbitte SPD, CDU und FDP) E-Mail vom 04.05.2021	
4.2	Bericht des Gesundheitsamtes zur aktuellen Situation von Flüchtenden aus der Ukraine	
4.3	Corona Sachstand - mündlicher Vortrag von Herrn Möckel	
5	Anfragen/Anträge	
5.1	Antrag Nr. StVV - AT 1/2022 (§ 36 GOSTVV) der Fraktion Grünen PP hier: Befunde der Schuleingangsuntersuchungen stadtteilbezogen erfassen - mündlicher Bericht Herr Möckel	
5.2	Sachstand Präventionsschutzgesetz - mündlicher Bericht Herr Möckel	
6	Verschiedenes	

gez.
Selcuk Caloglu
Stadtrat

Vorlage Nr.		
für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.06.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Genehmigung der Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 29.03.2022

Die Niederschrift der 11. Öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses am 29.03.2022 ist zu genehmigen.

G Beschlussvorschlag

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung.

Selcuk Caloglu
Stadtrat

Anlage:
Entwurf der Niederschrift



N i e d e r s c h r i f t

über die 11. öffentliche Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 29.03.2022

Sitzungsraum: Bremerhaven, Raum Fischbahnhof, Fischbahnhof
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:24 Uhr

Teilnehmer/innen:

Stadtrat

Herr Stadtrat Caloglu

SPD

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Frau Stadtverordnete Czak

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Reimelt

CDU

Herr Stadtverordneter Dr. Brin

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Herr Stadtverordneter Holz

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Die Grünen PP

Frau Stadtverordnete Coordes

Frau Stadtverordnete Fensak, MdBB entschuldigt

Frau Stadtverordnete Hoch

Frau Stadtverordnete Niehaus entschuldigt

BIW

Herr Stadtverordneter Grotheer entschuldigt

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Brand

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Koch

Herr Stadtverordneter Kupke entschuldigt

Weitere Teilnehmer/innen:

Gesundheitsamt:

Herr Möckel
Herr Schröder
Frau Huwig
Herr Feddern (Amtsstelle 53 C)
entschuldigt
Frau Schmith
nicht anwesend
entschuldigt
Frau Perau

Rechnungsprüfungsamt:

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Schwerbehindertenvertretung:

Frauenbeauftragte für Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Mitglied des Rates für ausländische Mitbürger

Herr Stadtrat Caloglu begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste zur 11. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses. Stadtverordneter Herr Timke vertritt Herrn Grotheer (Bürger in Wut), die Stadtverordnete Frau Kargoscha vertritt Herrn Holz (CDU) und der Stadtverordnete Herr Koch vertritt Herrn Kupke (AfD). Die Stadtverordnete Frau Niehaus (Die Grüne PP) und Frau Stadtverordnete Fensak (Die Grünen PP) sind ebenfalls entschuldigt.

Herr Caloglu stellt fest, dass der Gesundheitsausschuss beschlussfähig ist, die Tagesordnung und die Ausschussunterlagen form- und fristgerecht zugestellt wurden und fragt, ob Änderungswünsche zur Tagesordnung von Seiten der Ausschussmitglieder gewünscht sind.

1. Einwohnerfragestunde

Herr Stadtrat Caloglu teilt mit, dass für die aktuelle Sitzung keine Einwohnerfragen vorliegen.

2. Genehmigung der Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 24.11.2021.

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2019/2023 am 24.11.2021 **GA 1/2022**

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift bei drei Enthaltungen der Stadtverordneten Frau Kargoscha, des Stadtverordneten Herrn Timke und des Stadtverordneten Herrn Koch einstimmig.

Der Gesundheitsausschuss genehmigt die Niederschrift in der beigefügten Fassung.

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV **GA 2/2022**

Herr Stadtrat Caloglu fragt die Ausschussmitglieder, ob Wortbeiträge oder Anmerkungen gewünscht sind.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Vorlagen / Vorträge

4.1. Hospiz Sachstand - Vortrag Frau Deneke, Geschäftsführerin mission: Lebenshaus GmbH

Anschließend beantwortet Frau Deneke Fragen der Ausschussmitglieder.

4.2. Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen insbesondere unter dem Aspekt der Auswirkungen der Pandemie Berichtsbitte der Fraktionen SPD, CDU und FDP GA 3/2022

Berichtsmittteilung Herr Dr. Uwe Peters (Gesundheitsamt)

Der Stadtverordnete Freemann (FDP) meldet sich zu Wort. Herr Freemann erläutert den Hintergrund der Berichtsbitte der Fraktionen. Des Weiteren betont Herr Freemann die Wichtigkeit des Themas und führt den Stellenwert für die Fraktionen aus. Insbesondere weißt Herr Freemann auf die Problematik der stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen hin.

Zum nächsten Gesundheitsausschuss am 22.06.2022 bittet Herr Freemann um Mitteilung über Fallzahlen in Bremerhaven, die Rückschlüsse auf einen möglicherweise gestiegenen Bedarf an Hilfemöglichkeiten für seelisch belastete Kinder und Jugendliche zulassen.

Herr Dr. Peters führt zu der Bitte der Mitteilung von Fallzahlen in Bremerhaven aus, dass allein die Fallzahlen ohne die Hintergrundinformationen keine Rückschlüsse zulassen. Dazu führt Herr Dr. Peters einen Bericht des Landes Bremen an, aus dem sich ableiten lässt, dass die Anfragen an Hilfemöglichkeiten um ca. 50 % gestiegen sind, im Verhältnis zum Zeitraum vor der Pandemie.

Der Stadtverordnete Freemann fragt Herr Dr. Peters, ob Erkenntnisse dazu vorliegen, wie lange Kinder oder Jugendliche auf einen psychotherapeutischen Behandlungstermin warten müssen, wenn diese aus Angststörung die Schule nicht mehr besuchen können oder den Online-Unterricht nicht schaffen.

Herr Dr. Peters verweist nochmals auf den Bericht, aus dem hervorgeht, dass es z. Zt. ca. 10 Wochen dauert, bis ein Behandlungstermin angeboten werden kann. Auf Nachfrage von Herrn Freemann erläutert Herr Dr. Peters das „Ampelsystem“, aus dem sich nach dem ersten Beratungsgespräch der akute Behandlungsbedarf ergibt.

Die Stadtverordnete Czak meldet sich zu Wort und bittet um Mitteilung über Belegungskapazitäten, Fallzahlen, Wartefristen und für wie viele Belegungsplätze für Bremerhavener Patienten im Klinikum Bremen-Ost reserviert sind, da das Klinikum Bremen-Ost die einzige Fachklinik in Lande Bremen ist. Frau Czak berichtet von ihrer Arbeit als Psychologin, aus der hervorgeht, dass der Bedarf hoch ist.

Herr Dr. Peters bekräftigt die Zusammenarbeit mit dem Klinikum Bremen-Ost.

Die Stadtverordnete Hoch (Die Grünen PP) berichtet, dass der hohe Bedarf an Hilfemöglichkeit bekannt sei und führt aus, dass es ein hohes Dunkelfeld gibt, bei denen die Hilfemöglichkeiten nicht ankommen. Die Pandemie hat die Zusammenarbeit der Therapeuten mit den Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern erheblich erschwert. Auch hier gebe es einen hohen Nachholbedarf.

Herr Dr. Peters bestätigt die Überlastung der Kliniken durch die Situation der Pandemie.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses bedanken sich bei Herrn Dr. Peters für die Ausführungen und nehmen die Berichtsmittteilung zur Kenntnis.

4.3. Berichtserstattung Antikorruptionsbeauftragter in den Fachausschüssen

Herr Caloglu berichtet, dass es für das Gesundheitsamt im Jahr 2020/2021 keine Beanstandungen der Antikorruptionsbeauftragten gegeben hat.

4.4. Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP hier: Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung in Bremerhaven - Ärzte-Monitoring und kommunalpolitische Handlungsweisen für Bremerhaven **GA 4/2022**

Herr Möckel berichtet, dass die zuletzt vereinbarten Termine mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen (KV Bremen) und der BIS Bremerhaven aus unterschiedlichen Gründen leider abgesagt werden mussten. Ein neuer Termin ist vereinbart.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

4.5. Budgetabschluss und Rücklagenbildung für das Haushaltsjahr 2021 für den Ausschussbereich 3 **GA 5/2022**

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Haushaltsabschluss 2021 für den Ausschussbereich 3 mit einem Defizit in Höhe von 433.153,82 € und die Zuführung zur Drittmittelrücklage des Kapitels 6510 („Krankenhäuser“) in Höhe von 834.906,31 € zur Kenntnis.

4.6. Freigabe der Drittmittelrücklage des Kapitels 6510 "Krankenhäuser" zur Finanzierung der Interimslösung sowie der Einbindung der Pädiatrie in das geplante Baufeld 1 am Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide. **GA 6/2022**

Herr Caloglu berichtet, dass am 22.03.2022 der Fördermittelbescheid über die Einzelförderung nach § 12 des Bremisches Krankenhausgesetz - (BremKrhG) in Verbindung mit § 5 der Verordnung zur Investitionsförderung der Krankenhäuser im Land Bremen nach dem Bremischen Krankenhausgesetz (Krankenhausinvestitionsförderungsverordnung - KrankenhausInvestV) von der senatorischen Dienststelle für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz an das Klinikum Reinkenheide zugestellt wurde. Des Weiteren wird die Fertigstellung des Bauvorhabens bis Mitte 2023 angestrebt.

Herr Freemann meldet sich zu Wort und hebt die gute Zusammenarbeit im Gesundheitsausschuss bei diesem Thema hervor und begrüßt, das jetzt endlich mit dem Bauvorhaben weitergeht.

Herr Caloglu bedankt sich bei allen Beteiligten, insbesondere beim Klinikum Bremerhaven Reinkenheide, bei den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses und bei allen Dezernenten der vorherigen Wahlperioden, insbesondere hier bei der letzten Gesundheitsdezernentin der verstorbenen Stadträtin Brigitte Lückert, für das erbrachte Engagement, das letztendlich zum Erfolg geführt hat.

Der Gesundheitsausschuss beschließt die Freigabe der Drittmittelrücklage des Kapitels 6510 „Krankenhäuser“ in voller Höhe (zurzeit 3.342.298,68 Euro) zur Komplementärfinanzierung des Anteils der Stadt Bremerhaven in Höhe von einem Drittel der Fördersumme des Landes Bremen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Der Gesundheitsausschuss bittet den Finanz- und Wirtschaftsausschuss einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

- 4.7. Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychisch Kranken (PsychKG) GA 7/2022**
-Besuchskommission gem. § 36 PsychKG
-Benennung von Mitgliedern

Der Gesundheitsausschuss benennt für die folgende Amtsperiode eine Vertreterin/ einen Vertreter, die/ der in die Besuchskommission gemäß § 36 PsychKG berufen werden soll. Gleichzeitig werden zwei Personen als Stellvertreterin/Stellvertreter benannt.

Der Gesundheitsausschuss benennt folgende Mitglieder in die Besuchskommission:

- Frau Gunda Böttger-Türk (SPD) als Mitglied
- Frau Günna Dertwinkel (CDU) als Vertreterin
- Frau Doris Hoch (Die Grünen PP) als Vertreterin

Der Gesundheitsausschuss stimmt der Vorschlagsliste einstimmig zu.

- 4.8. Berichtsbitte der Fraktion GRÜNE PP zum Sachstand des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) GA 8/2022**

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstand über den Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

- 4.9. Bericht des Gesundheitsamtes zur aktuellen Situation von Flüchtenden aus der Ukraine**

Herr Möckel berichtet über die Situation von Flüchtenden aus der Ukraine.

- 4.10. Corona-Sachstand - mündlicher Vortrag von Herrn Möckel**

Herr Möckel berichtet über den aktuellen Sachstand zur Corona-Pandemie.

- 4.11. Organisationsentwicklung/-untersuchung des Gesundheitsamtes GA 9/2022**

Herr Caloglu weist vorab darauf hin, dass diese Vorlage vor der Ukraine-Krise und der damit entstandenen Flüchtlingssituation erstellt wurde und dass das Gesundheitsamt durch die Erstuntersuchung der Geflüchteten und durch das Flüchtlingsmonitoring erheblich belastet ist.

Herr Möckel bekräftigt noch mal, dass die Verwaltung des Gesundheitsamtes ein erhebliches Interesse an einer Organisationsentwicklung hat und weist auf die Teilung der Organisationsentwicklung in zwei Abschnitten sowie die Einführung einer Projektgruppe hin. Herr Möckel gibt allerdings auch zu bedenken, dass durch die aktuellen Situationen das Führungspersonal erheblich belastet ist und dass man eben diese Führungskräfte für die Projektgruppe benötige.

Der Gesundheitsausschuss stimmt der Unterteilung der Organisationsentwicklung/-untersuchung in zwei Abschnitte (Analysegutachten und Umsetzungsgutachten) zu und nimmt die dargestellte Zeitschiene zur Kenntnis.

Der Beschluss zur Organisationsentwicklung/-untersuchung des Gesundheitsamtes ergeht einstimmig.

5. Anfragen/Anträge

**5.1. Antrag Nr. StVV - AT 1/2022 (§ 36 GStVV) der Fraktion GRÜNE PP
hier: Befunde der Schuleingangsuntersuchungen stadtteilbezogen
erfassen**

GA 10/2022

Herr Caloglu berichtet, dass es zwischen der Verwaltung und Frau Stadtverordnete Hoch (Die Grünen PP) eine Absprache gegeben hat, dass diese Vorlage in den nächsten Gesundheitsausschuss am 22.06.2022 geschoben werden soll.

Herr Caloglu lässt über die Verschiebung der Vorlage zum nächsten Gesundheitsausschuss am 22.06.2022 abstimmen.

Der Gesundheitsausschuss beschließt, die Beratung des Antrags auf die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.06.2022 zu verlegen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

6. Verschiedenes

Es liegt nichts weiter unter Verschiedenes vor.

Herr Caloglu beendet die Sitzung.

Vorsitzender

Schriftführer

gez.

gez.

Caloglu
Stadtrat

Blatz

Vorlage Nr.		
für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.06.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

Ab dem 01.01.2020 ist gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV von der, dem oder den Ausschussvorsitzenden zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

G Beschlussvorschlag

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Selcuk Caloglu
Stadtrat

Anlage:
Sachstandsbericht

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	11.03.2020	GA 2/2020	Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP zur Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung in Bremerhaven Jährliche Vorlage eines Ärzte-Monitoring-Berichtes mit Ergebnissen, Handlungsweisen und Option der KV	XI / Amt 53	Erste Gespräche mit dem neuen Geschäftsführer der KV, Herrn Josenhans, geführt.	
	25.11.2020	GA 2/2020	Aktualisierte Vorlage mit geändertem Beschlussvorschlag	XI / Amt 53	Berichterstattung durch KV mit Schreiben vom 03.03.2021. Weiterleitung per mail am 15.04.2021. Gespräche mit den Geschäftsführern der KV (Herrn Dr. Rochell und Herrn Josenhans) haben stattgefunden mit dem Ergebnis, dass sie ihre Teilnahme an der Ausschusssitzung am 29.09.2021 angekündigt haben. Vortrag im Gesundheitsausschuss durch den stellv. Geschäftsführer der KV Bremen, Herrn Josenhans, am 29.09.2021	

		GA 4/2022			Änderungsbeschluss des Gesundheitsausschusses in der Sitzung am 29.03.2022. Künftige Berichterstattung einmal jährlich der bedarfsplanerischen Entwicklung der fachärztlichen Versorgung in BHV.	
2	11.03.2020	TOP 14.3	<p>Masernschutzgesetz</p> <p>Das Gesetz ist zum 01.03.2020 in Kraft getreten.</p>	XI / Amt 53	<p>Aufgrund der derzeitigen Corona-Pandemie und der begrenzten ärztlichen Kapazitäten ist eine Umsetzung noch nicht abschließend erfolgt.</p> <p>Stellenbedarf von 2 VK MFA über ÖGD-Pakt berücksichtigt.</p> <p>Die Stellenbesetzungen sind erfolgt. Aktuell wird das Personal aber in der Amtsstelle 53 C zur Bewältigung der Pandemie eingesetzt.</p> <p>Zurzeit wird an einer Softwarelösung mit Schnittstelle zum Schulamt gearbeitet. Voraussichtlicher Abschluss der Arbeiten im 2. Quartal 2022</p>	

5	23.09.2020	GA 19/2020	Personalstruktur des städtischen Gesundheitsamtes hier: Ärztinnen und Ärzte des Gesundheitsamtes	XI / Amt 53	<p>Der Gesundheitsausschuss hat den aktuellen Ärztemangel des Gesundheitsamtes, der sich in Zukunft weiter zuspitzen wird, sofern dieser Entwicklung nicht entgegengesteuert werden kann, zur Kenntnis genommen und fordert den Magistrat auf, Maßnahmen zu entwickeln, um die Situation zu verbessern.</p> <p>Der Gesundheitsausschuss bittet den Oberbürgermeister, sich für eine Verbesserung der Bezahlung der Ärzte im Gesundheitsamt beim Deutschen Städtetag einzusetzen. Der Oberbürgermeister wurde vom Amtsleiter des Gesundheitsamtes informiert. Über die SfGFV konnte nun Anfang März 2022 ein erstes Abstimmungsgepräch zum Thema „Verbesserung der Bezahlung der Ärzte in den Gesundheitsämtern“ erreicht werden.</p>	
---	------------	------------	---	-------------	--	--

6	25.11.2020 10.06.2021 29.03.2022	GA 27/2020 GA 17/2021 GA 9/2022	Organisationsuntersuchung im städtischen Gesundheitsamt durch einen externen Anbieter	XI / Amt 53 XI/ Amt 53	Anmeldung beim Pakt für den ÖGD erfolgt, sobald die Rahmenbedingungen durch den Senat festgelegt wurden. Zusage vom Gesundheitsressort erhalten; dass die Finanzierung durch den Pakt ÖGD möglich ist. Zeitstrahl festgelegt Beschluss des Ausschusses in der Sitzung am 29.03.2022. Die Organisationsentwicklung soll in zwei Abschnitten durchgeführt werden. Hierfür wird eine Projektgruppe und eine Steuerungsgruppe gegründet. In der Steuerungsgruppe tagt erstmals am 07. Juni 2022	
8	10.06.2021	GA 8/2021	Schwangerschaftsabbrüche	XI / Amt 53	Der Magistrat wird vom GA aufgefordert, gemeinsam mit der senatorischen Behörde eine Lösung zu entwickeln, dass weiterhin wohnortnah Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden können.	

					<p>Zwischenzeitliche Abstimmungsgespräche mit Frau Senatorin Bernhard und den Geschäftsführern des KBR erfolgt. Im Rahmen der bisherigen Gespräche wird die Verbesserung des Angebots in Bremerhaven sowie eine Unterstützung der Frauen, den Weg nach Bremen zu bewältigen, diskutiert.</p> <p>Im April 2022 teilte Frau Senatorin Bernhard mit, dass bei pro familia Bremen Zentral ein telemedizinisches Angebot aufgebaut werde. Dies solle dazu beitragen, die Durchführung medikamentöser Abbrüche auch für Bremerhavenerinnen zu vereinfachen. Zudem solle bei Bedarf die Rückfahrkosten nach erfolgtem operativen Schwangerschaftsabbruch übernommen werden. Die konkrete Ausgestaltung dieses Projekts erfolge zeitnah. Eine finanzielle Förderung niedergelassener Ärzt:innen könnte z. B. durch Beantragung von Geldern des Strukturfonds nach § 105</p>	
--	--	--	--	--	---	--

					<p>SGB V bei der Kassenärztlichen Vereinigung erfolgen. Auch werde auf eine Fortbildungsveranstaltung zu medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen hingewiesen, die gemeinsam von pro familia und der Fachabteilung der senatorischen Behörde geplant wird. Durch dieses niederschwellige Angebot wird erhofft, dass weitere Mediziner:innen insbesondere medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche in ihr Leistungsangebot aufnehmen. Recherchen hätten ergeben, dass derzeit bei zehn Anbieter:innen die Möglichkeit besteht, einen operativen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Zudem seien sieben Anbieter:innen medikamentösen Schwangerschaftsabbrüche bekannt. Drei Optionen davon existieren in Bremerhaven.</p>	
9	10.06.2021	GA 14/2021	Pakt für den Öffentlichen Gesundheits-	XI / Amt 53	Die beschlossenen überplanmäßig anerkannten Mehrbedar-	

	24.11.2021	GA 25/2021	dienst, hier: Personalaufwuchs Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, hier: Anerkennung weiterer überplanmäßiger Bedarfe		fe wurden zwischenzeitlich in den Stellenplan aufgenommen. Aktuell sind noch nicht alle überplanmäßig anerkannten Bedarfe besetzt.	